

Bauernbund Brandenburg christlich – konservativ – heimatverbunden

Liebe Berufskollegen,

manchmal holen Sie einen ein, die Schatten der Vergangenheit. Jedenfall sollte keiner behaupten, das Vergangene sei vergangen und habe keinen Einfluss mehr auf die Gegenwart.

*Im Auftrag des Deutschen Bauernbundes haben wir uns darum gekümmert, in Brandenburg einen Standort für das geplante Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung vor fünfzig Jahren zu finden. Unseren Mitgliedern Torsten Gerloff aus Teetz und Jürgen Schumacher aus Lohm in der Ostprignitz ist es zu verdanken, dass die Stadt Kyritz sich inzwischen dazu bereit erklärt und eine städtische Fläche zur Verfügung gestellt hat. Die Einladung zu Einweihung und Gedenkveranstaltung in Kyritz am 25. April befindet sich auf **Seite 4** in diesem Rundbrief. Hoffentlich sind wir bis dahin alle mit den Frühjahrsarbeiten so weit, dass wir uns dort in großer Zahl wiedersehen.*

*Im Zusammenhang mit der Entscheidung für das Denkmal hat es in Kyritz kontroverse Diskussionen gegeben. Dabei ging es leider nicht nur um die – aus lokaler Sicht verständliche – Frage, ob man sich damit nicht unerwünschte politische Auseinandersetzungen in die sonst so beschauliche Kleinstadt holt. **Ernüchert, ja fast erschüttert haben mich die Aussagen der linken Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, die ihren Wahlkreis in Kyritz hat. Wer so versucht, die verbrecherische Politik der SED schön zu reden, der würde uns auch morgen wieder von den Höfen jagen.** So sehr es bei manchen politischen Themen auch Übereinstimmung mit den Linken gibt – zum Beispiel Milchmarkt, Gentechnik oder Braunkohle: So lange die alten Kader in dieser Partei das Sagen haben, ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für mich nicht vorstellbar.*

*Einige von den Beiträgen aus der Presse haben wir hier abgedruckt. In dem Artikel auf **Seite 24** beschäftigt sich unser Mitglied Volker Rottstock aus Deutsch Bork aus ganz persönlicher Sicht ebenfalls mit den Schatten der Vergangenheit, die in die Gegenwart hineinragen. Ich wünsche uns allen, dass wir uns von ihnen nicht irre und vor allem nicht bange machen lassen!*

Bringfried Wolter

Vizepräsident Bauernbund Brandenburg



Beiträge aus der Diskussion über die Aufstellung eines Denkmals für die Opfer der Zwangskollektivierung in der Presse

„Sozialistischer Frühling“ vor 50 Jahren / MAZ Kyritz 11. Februar 2010

Der Deutsche Bauernbund als Interessenvertreter der bäuerlichen Familienbetriebe in den ostdeutschen Bundesländern plant, in Kyritz ein Denkmal zu errichten. Einen entsprechenden Antrag trug Landwirt und Stadtverordneter Torsten Gerloff am Dienstag bei der Sitzung des Kyritzer Haupt- und Finanzausschusses vor. Anlass sei der 50. Jahrestag der Zwangskollektivierung in der ehemaligen DDR, so Gerloff. Der Deutsche Bauernbund habe sich für Kyritz entschieden, weil hier bereits das Bodenreformdenkmal stehe.

Bürgermeister Hans-Joachim Winter (CDU) steht dem Ansinnen positiv gegenüber. „Ich wüsste nicht, was dagegen spricht“, sagte er. Peter Bittermann (SPD) warf ein, dass, wenn die Stadtverordneten darüber befinden sollen, erst ein richtiger Antrag vorliegen muss, damit man auch weiß, wie das Denkmal aussehen soll. Thomas Settgast (SPD) sprach sich dafür aus und ergänzte, dass es zum Thema Bodenreform bereits eine Polarisierung gibt. Er erinnerte an die Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum an dem Bodenreformdenkmal. Da wäre ein zweites Denkmal gar nicht so verkehrt, um das Ganze in vernünftige Bahnen zu lenken, so Settgast.

Bei dem Denkmal soll es sich um einen Findling mit folgender Inschrift handeln: „Freie Bauern auf freier Scholle. Nie wieder Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung. Zum Gedenken an den 50. Jahrestag des ‚Sozialistischen Frühlings‘ in der DDR. 25. April 1960 – 25. April 2010. Deutscher Bauernbund, Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum, Heimatverdrängtes Landvolk“. Der Antrag soll den Stadtverordneten bei ihrer Sitzung am 24. Februar zur Diskussion und Beschlussfassung vorliegen.

Nicht nur eine Sichtweise in Stein meißeln / MAZ Kyritz 20. Februar 2010 Leserbrief der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann (Die Linke)

Die Äußerungen von Graf von Schwerin als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum (Are) deuten an, worum es vermutlich beim zusätzlichen Gedenkstein in Kyritz eigentlich geht. Das 20. Jahr des Vereinigungsvertrages scheint geeigneter Anlass zu sein, endlich auch bei den Themen Bodenreform, ostdeutsche Agrarstruktur und letztlich DDR-Geschichte eine konservative Interpretationshoheit herzustellen.

Der Vorschlag für den Spruch „Freie Bauern auf Freier Scholle – Nie wieder Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung“ ist nur im Kontext LPG-Gründungen gemeint und schon deshalb geradezu anachronistisch. In einer Situation, in der gerade bäuerliches Eigentum mit rasanter Geschwindigkeit von einem globalisierten Weltmarkt enteignet wird, weil immer mehr Betriebe den ruinösen Wettbewerb verlieren. Das geschieht auch in Europa und nicht nur bei den Milcherzeugern. Die FDP prophezeit gerade, dass 30.000 Betriebe in den nächsten drei Jahren dem „Strukturwandel“ zum Opfer fallen werden.

Auch die LPG-Gründungen hatten mit einem Strukturwandel zu tun, der auf dem Weg zu einer leistungsfähigeren Landwirtschaft für notwendig gehalten wurde. Dabei bleibt aber im Gegensatz zu den aktuellen Vorgängen das Eigentum in einer Genossenschaft bestehen, wenn auch nicht das einzelbäuerliche. Man kann darüber diskutieren, ob dieser Weg richtig und erfolgreich war. Das wäre sogar spannend. Aber nur die eine Sichtweise in Stein meißeln zu wollen, ist ahistorisch und polarisiert völlig unnötig. Erst recht, wenn Kampfbegriffe aus dem Kalten Krieg verwendet werden.

Leider passt dieser Vorschlag, ohne dass der Einreicher das selbst vielleicht beabsichtigt, in eine Strategie, denn eigentlich will die Are schon lange die Axt an einen Grundkonsens des Einigungsvertrages legen, der – im Gegensatz zu allen anderen Bereichen – die Agrarstruktur Ostdeutschlands nicht zerschlagen hat. Sie will im Interesse der Alteigentümer schon lange eine Rückabwicklung der Bodenreform, durch die das Eigentum ja erst geschaffen wurde, das in die Genossenschaften eingebracht wurde.

Dabei blendet die Are konsequent aus, was nicht ins eigene Geschichtsbild passt. Zum Beispiel, dass die Bodenreform alliiertes Recht und Ergebnis eines verheerenden Krieges war, an dem viele Junker und Großgrundbesitzer nicht schuldlos waren und profitiert haben. Er hinterließ eine zerstörte Agrarwirtschaft und damit eine hungernde Bevölkerung, ein Heer von Flüchtlingsfamilien, die mit den Bodenreformflächen die Chance für einen Neuanfang bekamen.

Dabei will ich ausdrücklich nicht ausblenden, dass bei der Umsetzung der Bodenreform Fehler, auch schweres Unrecht begangen wurden. Auch die LPG-Gründungen sind differenziert zu bewerten. Sie waren eben auch Teil einer politischen Kampagne im Kalten Krieg. Das Freiwilligkeitsprinzip wurde teilweise durch überzogenen Druck, ja auch Bedrohungen konterkariert. Dennoch haben sich für viele die Arbeits- und Lebensbedingungen in der LPG deutlich verbessert, weil zum Beispiel die Arbeitsteilung gerade Frauen entlastete.

Die scharfe Polemik einiger Funktionäre des Bauernbundes gegen die “Kolchosen”, mit denen sie Nachfolgebetriebe der LPG meinen, weist leider auch auf eine fragwürdige Motivation dieses Vorschlags. Mein Fazit: Wenn schon ein neuer Gedenkstein, dann “für die von Banken und Konzernen enteigneten oder gefesselten freien Bauern und die neuen Landlosen der Globalisierung.”

Mit Psychoterror in die Genossenschaft / MAZ Kyritz 24. Februar 2010 Leserbrief des Pfarrers im Ruhestand Karl-Ernst Selke aus Wusterhausen

Es ist schon einigermaßen befremdlich, wie eine Volksvertreterin mit der Geschichte unseres Volkes umgeht. Der Leserbrief von Frau Dr. Tackmann enthält einige Unrichtigkeiten, die man als geschichtsinteressierter Bürger einfach korrigieren muss.

Erstens: Dass es 1945 eine Bodenreform geben musste, war sicher nötig. Wie sie vollzogen wurde, war allerdings nicht nur in Ausnahmefällen rigoros. Fast alle Enteignungen erfolgten gewaltsam und ohne die Möglichkeit eines fairen Kompromisses. Schließlich waren – jedenfalls in den Prignitzkreisen und dem Kreis Ruppín – die Grundbesitzer keineswegs faschistische Junker, sondern überwiegend Landwirte, die nur das Pech hatten, zu viel Land zu besitzen bzw. ein zu großes Haus zu haben. Schließlich wurden nicht nur Gutsbesitzer enteignet, sondern auch – nach sowjetischem Vorbild – sogenannte Großbauern. Nicht wenige wurden nicht nur enteignet, sondern als Staatsfeinde verurteilt. Unter den “Junkern” waren auch Antifaschisten. Beispiele könnte ich einige anführen.

Zweitens: Das Land erhielten nicht Flüchtlinge, sondern Menschen, die keineswegs freiwillig Haus und Hof verlassen mussten, sondern vertrieben wurden.

Drittens: Diese Neusiedler wie auch die Alteingesessenen, die ihr Land behalten durften, hatten dank des hohen Ablieferungssolls manchmal kaum genug für sich selbst. Damit war von vornherein eine Kollektivierung vorprogrammiert.

Viertens: Als diese im “Sozialistischen Frühling” bis etwa 1960 erfolgte, wurde sie durchweg von geradezu terroristischen Aktionen der SED gegen die Dorfbevölkerung erzwungen. Die Briefschreiberin sollte sich mal von älteren Mitbürgern erzählen lassen, wie sie im Frühjahr 1960 wochenlang von Agitatorentrupps mit Lautsprechern und Psychoterror gepeinigt wurden, bis sie

den Beitrittsantrag zur LPG unterschrieben. Dass sie später das Beste daraus machten und der LPG-Mitgliedschaft auch positive Seiten abgewinnen konnten, entschuldigt nicht diese "DDR-Kulturrevolution."

Alles in allem: Ob und wie viele Gedenksteine daran erinnern, ist die eine Sache. Die andere ist der ehrliche Umgang mit der Geschichte. Hier hat die Briefschreiberin meiner Meinung nach noch einigen Nachholbedarf.

Denkmal erinnert an LPG-Zwang – Linke beklagt "Vokabular des Kalten Krieges" / Berliner Zeitung 2. März 2010, Beitrag von Jens Blanknagel

Ein schlichter großer Findling wird es sein: Versehen mit einer Aufschrift soll er zum bundesweit ersten Denkmal werden, das an die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR erinnert. Bei dieser Aktion namens "Sozialistischer Frühling" wurden 1960 insgesamt 19 345 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) gegründet, die dann fast 84 Prozent der Ackerflächen bewirtschafteten.

Genau 50 Jahre nach der Regierungserklärung von SED-Chef Walter Ulbricht zum Ende der Kollektivierung am 25. April 1960 soll der Stein in Kyritz (Ostprignitz-Ruppin) enthüllt werden. Er könnte zum Stein des Anstoßes werden – für eine neue politische Debatte über die DDR-Vergangenheit. Denn die Linke wehrt sich gegen das Projekt, weil, wie sie erklärt, mit Begriffen des Kalten Krieges gearbeitet werde.

Die Idee für das Denkmal stammt vom christlich geprägten Bauernbund. "Auf den Stein kommt eine Inschrift, die mit der Stadt abgestimmt ist", sagte Geschäftsführer Reinhard Jung. Die Aufschrift lautet: "Den Opfern der Zwangskollektivierung im so genannten Sozialistischen Frühling in der DDR." Dafür stimmten im Stadtparlament CDU, Bauernfraktion, FDP und Grüne. Die SPD war gespalten, die Linke mehrheitlich dagegen. Nicht mehrheitsfähig war der ursprüngliche Text: "Freie Bauern auf freier Scholle. Nie wieder Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung."

"Wir wollen daran erinnern, dass innerhalb kürzester Zeit 400 000 selbstständige Bauern mit brutaler Gewalt und Psychoterror in die LPG gezwungen wurden", sagte Jung. Viele Bauern hätten sich durch Selbstmord der Zwangskollektivierung entzogen oder seien in den Westen geflüchtet.

Kyritz wurde auch deshalb ausgewählt, weil dort die DDR Mitte der 80er-Jahre ein Denkmal für die Erfolge der Bodenreform nach dem Zweiten Weltkrieg aufstellte. Nach 1945 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone die Besitzer von mehr als 100 Hektar Land und die Kriegsverbrecher enteignet. "Künftig werden beide Denkmäler an die beiden Stufen der Beseitigung privater Bauern im Kommunismus erinnern", sagte Jung.

Die Linke-Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, die bei Kyritz wohnt, sprach sich mehrfach gegen das Denkmal aus. "Wir sind nicht dagegen zu erinnern und zu diskutieren", sagte sie. "Aber hier wurde von Anfang an stark mit dem Vokabular des Kalten Krieges gearbeitet." Tackmann stört sich auch in der jetzigen Version am Begriff der Zwangskollektivierung und spricht von "Vergenossenschaftlichung". Bei der LPG-Bildung habe es auch großen Druck gegeben. "Aber viele sagten hinterher auch: Hätte ich es doch früher gemacht."

Es sei damals Unrecht geschehen, sagt auch Tackmann. Aber es sei ein Strukturwandel gewesen, bei dem das Eigentum zwar nicht privat, aber in den Genossenschaften erhalten blieb. "Heute enteignet der Markt und der Bauer verliert sein Eigentum ganz."

Das Rätsel um den roten Sack – oder: Hau doch einfach drauf! Eine Geschichte zum Nachdenken von Volker Rottstock

Der 9. November 1989 war ein ganz besonderer Tag in meinem Leben. Nach Ostern und Weihnachten ist der 9. November für mich der wichtigste Feiertag. Und deshalb habe ich am 9. November 2009 auf meinem Betriebsgelände an der Landstraße von Schlalach nach Linthe einen roten Sack aufgehängt mit der Aufschrift „20 Jahre Wende = STASI-Ende“. Mancher hat sich inzwischen gefragt: Was will Rottstock uns damit sagen? Andere hängen einen roten Weihnachtsmann am Haus auf und er diesen roten Sack. Es kursierten schon die seltsamsten Gerüchte im Dorf. Nun, zum Nachdenken wollte ich Anlass geben. Nach einem Vierteljahr möchte ich heute erzählen, was der rote Sack zu bedeuten hat.

Die Geschichte beginnt 1974, als ich zu meinem 18monatigen Grundwehrdienst bei den Grenztruppen einberufen wurde. Als Bauernsohn mit Westverwandtschaft stand ich natürlich unter Beobachtung der Staatssicherheit, deren Inoffizieller Mitarbeiter „Traktor“ mir in seinen Berichten zunächst eine Reihe positiver Eigenschaften zubilligte: „Seine Grundeinstellung zur DDR ist gut, zum Grundwehrdienst normal. Im Kollektiv geachtet. Hat gute Bindung zum Elternhaus. Er ist nicht westlich eingestellt.“ Einen Schönheitsfehler hatte der Gefreite Rottstock allerdings: „Die Kirche hat noch Einfluß auf ihn, zeigt sich darin, dass er Schußwaffe nicht anwenden will. Diese Meinung vertritt er offen.“ Wie auch immer, Strafdienste und Diskriminierungen waren die Folge, von den 18 Urlaubstagen, die mir in den 18 Monaten zustanden, konnte ich nur 6 nehmen, die restlichen wurden mir ausbezahlt. Diese furchtbar lange Zeit werde ich nie vergessen.

Genausowenig wie die Einberufung zum Reservistendienst 1981. Wie ich nachträglich in meiner Stasi-Akte nachlesen konnte, hatte ich diese dem Parteisekretär der LPG zu verdanken, der in einem Brief an das Wehrkreiskommando berichtete: „Gesellschaftlich war vorgesehen und mit ihm abgesprochen, dass er die FDJ in unserer Genossenschaft leiten sollte. Diese Aufgabe lehnt er jetzt ab mit der Begründung, daß er kirchlich eingestellt ist und dadurch bei dieser Funktion in Widersprüche kommt. (...) Er ist ebenfalls nicht bereit, Kandidat der SED zu werden. Wenn er in eine Partei geht, so wird es eine christliche sein. Wir haben ihm als Leiter des Pflegestützpunktes eine verantwortungsvolle Aufgabe übertragen und führen von der Leitung des Betriebes mit ihm regelmäßig Gespräche, um seine Einstellung positiv zu verändern.“ Als Umerziehungsmaßnahme durfte ich also nochmal drei Monate unsere Grenze schützen.

Der gewünschte Erfolg freilich blieb aus. Im Gegenteil gab ich diesmal sogar schriftlich zu Protokoll, dass ich nicht bereit war, einen Menschen zu töten, und bat um Versetzung zu den nicht bewaffneten Organen der NVA. Viele Bekannte, auch meine Eltern, haben mir damals geraten, mich nicht aufzulehnen, man könne ja auch einfach daneben schießen. Aber daran glaubte ich nicht. Es waren immer zwei Grenzposten zusammen im Dienst. Beide schießen, einer trifft, beide bekommen einen Orden – für einen Toten! Das war für mich unvorstellbar. Da gab es keine Kompromisse, nur das fünfte Gebot: Du sollst nicht töten.

So kann man sich vorstellen, wie hilflos und deprimiert ich mich fühlte, als ich für den Dezember 1989 eine erneute Einberufung zum Reservistendienst bei den Grenztruppen erhielt. Unsere Kinder waren damals vier, sechs, sieben und neun Jahre alt. Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft widerte mich an: Schon im Kindergarten mit Panzern und Soldaten spielen, dann der obligatorische Wehrkundeunterricht für Mädchen und Jungen in der 9. und 10. Klasse, schließlich die ständigen Übungen und der Ausbau der Betriebskampfgruppen. Wäre das so weiter gegangen, würden wir heute vermutlich alle in Uniform rumlaufen.

Aber dann fiel die Mauer, welch ein großes Glück!

Jeder hatte erstmal Sorgen um die eigene Zukunft – die Täter wie die Opfer. Aber die von unserem Ministerpräsidenten beschworene Versöhnung hat es bis heute nicht gegeben, weder in Brandenburg noch in unseren Dörfern. Eine Versöhnung nämlich setzt Reue und Bedauern voraus. Die Verantwortlichen von damals hätten auf öffentliche Betätigung verzichten und bekunden müssen, dass ihnen ihre Taten leid tun. Am besten hätten sie das den Geschädigten persönlich sagen müssen, von mir aus unter vier Augen. Aber nichts von alledem hat stattgefunden. Statt dessen schwimmen die Bonzen und Denunzianten von damals wieder oben und mischen kräftig mit. Spricht man sie auf die Vergangenheit an, heißt es, die alten Geschichten wolle doch keiner mehr hören.

Na gut, dann kriegt man sie jetzt eben zu sehen. Dafür steht der rote Sack! Mit ihm grüße ich ganz besonders die fleissigen Verfasser meiner Stasi-Akte, die informellen Mitarbeiter „Traktor“, „Werne.“, „Juwel“, „Gusta.“ und „Bürgermeister“. Und wer genau wissen will, was damals los war – neben dem Sack steht ein großer Knüppel. Einfach mal drauf hauen und horchen, ob sich jemand meldet ...



Hans-Georg von der Marwitz im Deutschen Bundestag: Schießen wir mit Cross Compliance nicht über das Ziel hinaus?

Unser Mitglied Hans-Georg von der Marwitz (CDU) hat seine erste Bundestagsrede gehalten und dabei – als erster deutscher Agrarpolitiker – das Regelwerk Cross Compliance in Frage gestellt. Die Rede wurde mit großem Beifall bei CDU/CSU und FDP bedacht. Bleibt zu hoffen, dass sich die Agrarpolitiker der Regierungskoalition daran erinnern, wenn es bei den Verhandlungen um die EU-Agrarpolitik nach 2013 ans Eingemachte geht ...

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die geplante Änderung des Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes bedeutet vor allem eines: die Erweiterung der sogenannten Cross-Compliance-Vorgaben. Cross Compliance ist - wir haben es heute schon mehrfach gehört - eine Überkreuzeinhaltung von Verpflichtungen. Das sind Auflagen, an deren Einhaltung die Auszahlung der Direktzahlungen aus der ersten Säule der EU-Agrarpolitik geknüpft ist.

Dazu zählen bislang 18 EU-Richtlinien zum Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz. Mit der Gesetzesänderung kommt künftig die Einhaltung von Genehmigungsverfahren für die Beregnung und Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen zum Auflagenkatalog des Cross-Compliance-Kontroll- und Sanktionssystems hinzu. Des Weiteren werden bestimmte Beihilfen im Weinhilfesektor in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen. Außerdem verpflichtet der Gesetzentwurf die Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass der Anteil des Dauergrünlands an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche nicht erheblich abnimmt. Das haben wir heute schon mehrfach gehört.

Auch die neuen Auflagen zum Gewässerschutz und zur Wasserbewirtschaftung sollen dem Erhalt von Agrarflächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand dienen. Die Erfüllung der Auflagen soll deshalb durch systematische Kontrollen in Form von Risikoanalysen und anlassbezogenen Kontrollen, sogenannten Cross Checks, sichergestellt werden. So weit, so gut. Zu den Details des Gesetzentwurfes haben mein Kollege Gerig und viele andere heute schon Stellung genommen. Die Eins-zu-eins-Umsetzung ist eine Verpflichtung der EU und damit ein Muss.

Gegen die Fortschreibung und Anpassung von Cross Compliance ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Auch die Absicht, Geld nur denjenigen Landwirten zu geben, die vernünftig mit der Natur umgehen, ist durchaus begrüßenswert.

Aber, um im EU-Sprachgebrauch zu bleiben: Durchkreuzen in der täglichen Praxis am Ende womöglich die Cross Checks den Sinn und Zweck der Cross Compliance? Längst mehren sich die kritischen Stimmen.

Zu groß seien der bürokratische Aufwand und die Belastung für den einzelnen Betrieb, zu umfangreich die Dokumentationspflichten und Kontrollen und zu gering die tatsächlichen Risiken. Wer die 28-seitige Checkliste von Cross Compliance aus dem Jahre 2009 durchblättert, kann diese Argumentation nachvollziehen.

Sie veranschaulicht, wie breit gefächert die Kontrollverpflichtungen sind. Um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen: Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Lagerung und Entsorgung, Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, Natur- und Artenschutz, Pflanzenbau, Pflanzenschutz und Düngung im Besonderen, Tierhaltung und da im Besonderen Haltung, Fütterung, Hygiene, tierärztliche Behandlung, Krankheiten von Schweinen, Rindern, Schafen, Ziegen und Geflügel und last, not least Tierkennzeichnung und -registrierung.

Kenner wie Laien wird diese Bandbreite nicht überraschen. Die Anforderungen an die moderne Agrarwirtschaft wachsen stetig. Für Landwirte heißt das konkret: Absatzfähig sind nur Produkte, die der zunehmend ernährungs- und umweltbewusste Verbraucher für gesund hält. Sicher können wir dem durch die Einhaltung bewährter Produktions- oder Hygienestandards begegnen.

Doch brauchen wir tatsächlich ein Konvolut von 19 EU-Richtlinien mit den entsprechenden Prüfungen und Kontrollleistungen? Für jedes Futtermittel, jede Saat, über Qualität und Menge der eingesetzten Produkte, über deren Weiterverwendung sowie Lagerung und Transportbedingungen müssen Dokumentationen erstellt werden.

Nicht unerheblich gestalten sich auch die Cross-Compliance-Vorgaben zur Tierhaltung und Tierkennzeichnung. Minutiös ist festzuhalten, was wie in welchem Zeitraum eingesetzt wurde und von welchen Gefährdungen der Landwirt hätte Kenntnis haben können. All diese – mit Verlaub – Selbstverständlichkeiten müssen dokumentiert werden. Respekt gilt allen, die hier den Überblick behalten, namentlich was die diversen Fristen angeht. Ich erspare Ihnen die Aufzählung der im Einzelnen befassten Behörden und Ämter.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich stelle den Sinn und Zweck von Cross Compliance nicht grundsätzlich infrage. Der Schutzgedanke steht auch aus meiner Sicht im Vordergrund. Aber schießen wir mit dem Regelwerk für Cross Compliance nicht über das Ziel hinaus?



Wohlgermerkt, Cross Compliance bedeutet nicht, dass der Landwirt sich an mehr oder andere Gesetze oder Verordnungen halten müsste, als er es ohnehin schon tut. Cross Compliance bedeutet allerdings, dass ihm, wenn er die Erfüllung dieser Vorgaben nicht nachweisen kann, die Direktzahlungen empfindlich gekürzt werden können.

Hier setzt meine Kritik an: Welche gravierenden Bedrohungen gehen denn von unserer Landwirtschaft aus, dass sie den daraus folgenden bürokratischen Aufwand für die Betriebe und die Verwaltung rechtfertigen?

Gerade in unserem Land kann es sich ohnehin kein Landwirt leisten, geltendes Recht zu ignorieren. Unser Rechtssystem sieht bei Verstößen, bezogen auf die Schwere des Vergehens, die nötigen Sanktionen vor. Aber wer möchte tagtäglich aufschreiben, dass er sich an das Gesetz hält? Wer hat schon Lust dazu? Ist es sinnvoll, dass Landwirte inzwischen einen nicht unerheblichen Teil ihres Arbeitstages am Schreibtisch mit der Dokumentation ihrer Arbeit verbringen, nur um sicherzustellen, dass sie bei der Erfüllung der Voraussetzungen für die Direktzahlungen keinen Fehler machen?

Meine Damen und Herren, man kann in der Tat geteilter Meinung sein, ob Cross Compliance im Berufsalltag und in der Verwaltungspraxis praktikabel und zielführend ist oder ob es in einem Land mit hohen Umweltstandards und einem umfangreichen Fachrecht wie in der Bundesrepublik überhaupt nötig ist, den Nachweis der Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen zur Voraussetzung für Direktzahlungen zu machen. Ich wäre dankbar, wenn wir gemeinsam in Brüssel im Zuge der Verhandlungen zur GAP-Reform 2014 den bürokratischen Aufwand im Rahmen der Cross Compliance deutlich reduzieren würden.

Ich hatte es bereits eingangs erwähnt: Die Umsetzung von EU-Recht ist ein Muss. Die Brüsseler Vorgaben sind einzuhalten. Aber gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang einen Ausblick zu wagen. Wie gesagt, befinden wir uns im Vorfeld der Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013. In den kommenden Monaten werden erste Weichen für die Agrarreform gestellt, um eine nachhaltige und multifunktionale Landwirtschaft zu unterstützen, um eine hohe Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse und deren Verarbeitung zu sichern, um nachwachsende Rohstoffe für die energetische und industrielle Nutzung bereitzustellen, um über den Markt nicht entlohnte Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft zu erhalten, um den Strukturwandel sozialverträglich zu begleiten und um - nicht zuletzt - vitale ländliche Räume zu sichern. Grundpfeiler der Sicherung vitaler ländlicher Räume ist aus meiner Sicht der Erhalt der dort wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe.

Meine Vision gerade als ökologisch wirtschaftender Landwirt ist eine von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Landwirtschaft, die sich am Nachhaltigkeitsprinzip orientiert, die Kulturlandschaft erhält, regionale Produktvielfalt hervorbringt und durch eine flächendeckende, umweltgerechte und klimaschonende Produktion sowie artgerechte Tierhaltung gekennzeichnet ist, kurz: eine im besten Sinne multifunktionale Agrarwirtschaft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressemitteilung, 29. Dezember 2009

Molkereistandort Elsterwerda: Bauernbund wirft Landesbauernverband Zynismus vor

Jens Gerloff, Vorstandsmitglied des Bauernbundes Brandenburg, ist erbost: „Die Aussagen des Landesbauernverbandes zur Molkerei Elsterwerda sind dummlich und zynisch und konterkarieren die Bemühungen der Landesregierung, den Standort Elsterwerda zu erhalten.“ Der 45jährige Milchbauer aus Teetz in der Prignitz verurteilt aufs Schärfste die Bemerkung des LBV-Presse-sprechers Holger Brantsch, er weine der Molkerei Elsterwerda keine Träne nach, es gebe zu viele Molkereien und Konzentration sei notwendig (MAZ vom 28. Dezember 2009).

„Für den Landwirt als Erzeuger von Agrarrohstoffen ist die Lage umso günstiger, je mehr Verarbeiter in seiner Region im Wettbewerb um den Rohstoff stehen. Da kann es uns doch nicht egal sein, wenn eine der letzten Molkereien Brandenburgs dicht gemacht wird“, argumentiert Gerloff. Seine These begründet der Bauernbund-Vertreter u. a. damit, dass das Preisniveau für Milch und Schlachtvieh in Bayern mit seinem engen Netz an Verarbeitungsbetrieben in den vergangenen Jahren deutlich über dem von Brandenburg gelegen habe. Eine Molkerei in der Nähe bedeute für die Landwirtschaft immer Marktvorteile und für die Region Arbeitsplätze.

Als Ursache für die agrarfeindliche Haltung des Landesbauernverbandes nimmt Gerloff geschäftliche Verbindungen zu Campina an. „Jedenfalls zählt der Landesbauernverband mit der Campina GmbH & Co KG und der Humana Milchunion eG zwei der größten europäischen Molkereikonzerne zu seinen Fördermitgliedern. Wer von der Milchindustrie finanziert wird, macht logischerweise auch Politik gegen die Milchbauern“ vermutet Gerloff. Die Landesregierung müsse sich fragen, wie sehr sie sich noch auf den LBV-Präsidenten Udo Folgart verlassen könne, wenn dessen Verband ihr bei einer solchen wichtigen Frage in den Rücken fällt.

Pressemitteilung, 16. Januar 2010

Grüne Woche: Bauernbund Brandenburg bestreitet Einfluss der Landwirtschaft auf den Klimawandel

Anlässlich des Forums über Landwirtschaft und Klimawandel heute auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin warnt der Bauernbund Brandenburg davor, die Rolle der Landwirtschaft überzubewerten. „Die klimarelevanten Emissionen zumindest der deutschen Landwirtschaft sind unerheblich“, sagt sein Präsident Karsten Jennerjahn, der in Schrepkow in der Prignitz einen Ackerbaubetrieb bewirtschaftet.

Zur Ernährung eines Bundesbürgers verbrauche die Landwirtschaft knapp 20 Liter Diesel, überwiegend für die Bodenbearbeitung, sowie 21 Liter Öl für die Bindung des Luftstickstoffs im Düngemittel, rechnet der 46jährige Diplomlandwirt vor: „Selbst wenn man noch die Energie für Pflanzenschutz, Land- und Stalltechnik dazuzählt, kommt man nicht über 50 Liter pro Bundesbürger.“ Verglichen mit dem Bedarf für Heizung, Mobilität oder Konsumgüter jedenfalls sei der landwirtschaftliche Verbrauch nicht weiter erwähnenswert.

Auch die Methanausdünstungen von Rindern hält Jennerjahn für unproblematisch: „Methan wird immer frei, wenn abgestorbene Pflanzenteile verrotten. Der Umweg über die Rindermägen hat nur den nicht ganz unbedeutenden Nebeneffekt, dass dabei hochwertige Lebensmittel entstehen.“ Wenn in der Klimadebatte der Focus gern auf die Landwirtschaft gerichtet würde, solle das möglicherweise davon ablenken, wo in Größenordnungen Umwelt zerstört wird, zum Beispiel durch die Braunkohleverstromung, so der Bauernbund-Präsident.

Pressemitteilung, 24. Februar 2010

Bauernbund appelliert an Landtagsabgeordnete: Braunkohleausstieg sichert Heimat und Zukunft in der Lausitz

Mit einem dringenden Appell hat sich der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, an die Landtagsabgeordneten gewandt. "Bitte stimmen Sie morgen unabhängig von Ihren Fraktionen dem Entschlussantrag für einen schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zu und sichern Sie damit der Lausitz Heimat und Zukunft", sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Christoph Schilka, der in Guhrow im Spreewald einen 150-Hektar Betrieb mit Ackerbau und Rindermast bewirtschaftet. Der Bauernbund hatte sich bereits 2008 an dem Volksbegehren gegen neue Tagebaue beteiligt, dessen Inhalt jetzt von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen als Antrag in den Landtag eingebracht wurde.

Für den Bauernbund sind die geplante Abaggerung der Dörfer Atterwasch, Grabko und Kerkwitz sowie die Vernichtung landwirtschaftlicher Produktionsfläche Ausdruck einer fehlgeleiteten Energiepolitik. "Der Ansatz, die Braunkohleverstromung würde Arbeitsplätze schaffen, ist zu kurz gedacht", argumentiert Schilka: "Hochgerechnet auf die nächsten tausend Jahre kann die Landwirtschaft in den drei Dörfern mindestens ebenso viele Arbeitsplätze schaffen." Eine Energiepolitik, die kurzfristig auf Raubbau statt langfristig auf Anbau setze, hinterlasse Kindern und Enkeln verbrannte Erde, kritisierte der 57jährige Landwirt.

Pressemitteilung, 2. März 2010

Bauernbund Brandenburg: Amflora ist überflüssig wie ein Kropf

Zur kommerziellen Zulassung der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel Amflora heute durch die Europäische Kommission erklärt Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg: "Die Amflora ist überflüssig wie ein Kropf, da Kartoffeln mit denselben Eigenschaften inzwischen bereits konventionell gezüchtet worden sind. Wenn ein Landwirt trotzdem Amflora anbaut, so ist davon auszugehen, dass er aus dem Werbeetat von BASF bezahlt wird." Der Bauernbund lehnt den Einsatz der Grünen Gentechnik als betriebswirtschaftlich gefährlich ab, da gentechnisch veränderte Pflanzen patentiert sind und die Landwirtschaftsbetriebe in Abhängigkeit von der Industrie bringen.

Bedauerlich findet Jung vor allem, dass sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag zur Unterstützung der Amflora verpflichtet hat: "Dass im Regierungsprogramm für ein 80-Millionen-Volk die Unterstützung einer Kartoffel vereinbart wird, zeigt, wie weit der lange Arm von BASF reicht."

Zu guter letzt: Dummer Bauer oder schlauer Bauer?

Ein Bauer kann das Mastschwein drei Euro billiger produzieren als der Durchschnitt.

Was macht ein dummer Bauer, was macht ein schlauer Bauer?

Der dumme Bauer lässt sich feiern: "Erfolgreiche Schweineproduktion – Mastprofis drehen an der Kostenschraube", wahlweise als top-agrar-Artikel oder als DLG-Seminar.

Der schlaue Bauer hält die Klappe und freut sich.

*Geschäftsstelle des Bauernbundes Brandenburg / Geschäftsführer: Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz / Telefon (038791) 80200 / Telefax (038791) 80201
geschaefsstelle@bauernbund-brandenburg.de / www.bauernbund-brandenburg.de*